

## «Wir müssen noch einige Monate durchhalten, bevor ein weitgehend normales Leben möglich sein wird»

**Jahresbilanz** Die Coronapandemie war das zentrale Thema im 2020. Wie Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein das Jahr erlebte und mit welchen Gefühlen er auf die Landtagswahlen im Februar 2021 sowie die weitere Zukunft des Landes blickt, hat das geschäftsführende Staatsoberhaupt im traditionellen Neujahrsinterview mit dem «Volksblatt» beantwortet.

VON HANNES MATT

«Volksblatt»: Durchlaucht, was für ein Jahr, das im Grossen und Ganzen von einer Sache beherrscht wurde: Corona. Wie erging es Ihnen 2020?

Erbprinz Alois: Auch bei mir war das Jahr 2020 von der Pandemie geprägt. Einerseits hatte die Pandemie Auswirkungen auf fast alle Aspekte meiner Arbeit. Andererseits haben sich natürlich auch für mich persönlich viele Änderungen ergeben. Da bei mir Wohnung und Arbeitsplatz aber unter demselben Dach sind und Schloss Vaduz viel Platz bietet, war ich persönlich sicher weniger betroffen als viele andere.

Mit welchen Gefühlen blicken Sie auf das Jahr zurück?

Das Jahr 2020 wird als ein ganz spezielles Jahr in Erinnerung bleiben. Noch sind die langfristigen Folgen der Pandemie nur schwer einschätzbar. Ich kann mir jedoch gut vorstellen, dass die Pandemie in verschiedenen Bereichen neue Entwicklungen ausgelöst oder beschleunigt hat, die erst zu einem späteren Zeitpunkt wirklich sichtbar werden.

Wie hat Liechtenstein die Covid-19-Pandemie bisher gemeistert?

Bisher hat Liechtenstein die Pandemie sehr gut gemeistert. Zwar hat uns die zweite Pandemiewelle leider viel stärker getroffen als die erste, wenn wir aber alle Aspekte der Pandemie im internationalen Vergleich betrachten, befinden wir uns immer noch in einer beneidenswerten Situation. Auch konnten wir eine grosse Solidarität innerhalb der Bevölkerung erfahren. An dieser Stelle möchte ich auch nochmals meinen Dank an alle aussprechen, vor allem auch an jene, die in dieser Krise Besondere geleistet haben.

Wie zufrieden sind Sie mit den Entscheidungen der Regierung bezüglich Corona?

Insgesamt bin ich mit den bisherigen Entscheidungen der Regierung bezüglich der Pandemie sehr zufrieden. Sie hat auf verständliche und umsetzbare Regelungen geachtet sowie klar und unaufgeregt kommuniziert.

Während der ersten Welle herrschte grosse Solidarität und die Massnahmen wurden gut eingehalten. Nun scheint es, als würden viele Menschen der Pandemie müde. Was möchten Sie der Bevölkerung ausrichten?

Ich kann die Pandemiemüdigkeit vieler Menschen gut verstehen. Die Massnahmen führen nicht nur zu lästigen Einschränkungen, über die ich mich auch ab und zu ärgere, für viele Unternehmen und deren Arbeitskräfte sind die Einschränkungen auch mit Ängsten über die wirtschaftliche Zukunft verbunden. Zwar lassen die ersten Impfstoffe Hoffnung schöpfen, wir müssen aber noch einige Monate durchhalten, bevor wieder ein weitgehend normales Leben möglich sein wird.

Ich bitte daher die Bevölkerung, sich auch während der nächsten Monate diszipliniert und konsequent an die nötigen Schutzmassnahmen zu halten.

Mein Beileid zum Verlust Ihres Onkels. Stimmt es, dass er an Covid-19 erkrankt ist? Hat das Ihre Sicht auf die Gefährlichkeit des Virus nochmals verändert?

Ja. Mein Onkel ist an Covid-19 gestorben. Sein Tod hat aber meine Sicht auf die Gefährlichkeit des Virus nicht verändert.

Sie haben es angesprochen: Nun soll in Liechtenstein schon bald geimpft werden. Wird das aus Ihrer Sicht die grosse Veränderung bringen?

Wenn die bisher vorgestellten Impfstoffe ungefähr das halten, was sie versprechen, wird dies sicher eine Veränderung bringen. Wie gross die Veränderung sein wird, lässt sich aus jetziger Sicht nur schwer beurteilen. Dies hängt vor allem auch davon ab, wie gut die Impfstoffe bei den verschiedenen Bevölkerungsgruppen, insbesondere der älteren Bevölkerung, wirken und ob die Impfstoffe auch dazu führen, dass eine geimpfte Person den Virus nicht mehr übertragen kann.

Würden Sie sich impfen lassen?

Ja. Nach allem, was man bisher über die Impfstoffe gehört hat, würde ich mich impfen lassen, weil auch Vertreter von Nicht-Risiko-Gruppen schwer erkranken können. Wenn wir durch eine breite Impfung der Bevölkerung eine viel raschere Normalisierung erreichen können, wäre es besonders wichtig, dass auch Nicht-Risiko-Gruppen sich impfen lassen.

Liechtenstein hat die Krise bisher relativ gut weggesteckt. Wie wird sich die Situation in Ihren Augen entwickeln?

Auch die Entwicklung der wirtschaftlichen Situation ist sehr schwer einzuschätzen, weil diese in hohem Mass vom Erfolg der Impfstoffe abhängt. Je schneller die Impfstoffe zu einer Normalität führen werden, desto schneller wird sich auch die Wirtschaft erholen. Wir müssen aber in den nächsten 2 bis 3 Jahren noch mit einem wirtschaftlich sehr schwierigen Umfeld rechnen. So ist z. B. zu erwarten, dass etliche Firmen in Europa mit dem Auslaufen der Kurzarbeit in eine kritische Situation geraten.

Viele Liechtensteiner Unternehmen hatten unter den getroffenen Massnahmen schwer zu leiden. Konnte das Land hier in genügendem Umfang helfen oder hätten Sie noch mehr Unterstützung gewünscht? Natürlich ist aus Sicht des einzelnen Unternehmens eine möglichst umfangreiche Hilfe wünschenswert. Aus volkswirtschaftlicher Sicht kann zu viel Unterstützung jedoch problematisch sein, weil man dann Gefahr läuft, Steuergelder, insbesondere von gesunden Unternehmen, in Unternehmen zu stecken, die langfristig nicht überlebensfähig sind. Es ist nicht einfach, die richtige Balance zwischen einer sinnvollen Unterstützung zur angemessenen Linderung der Folgen staatlicher Schutzmassnahmen einerseits und einer problematischen Unterstützung, die einen notwendigen Strukturwandel verzögert und das unternehmerische Risiko ausschaltet, andererseits zu finden. Insgesamt hat die Regierung meiner Ansicht nach auch in diesem Bereich gut gearbeitet und zum Glück haben wir auch für die kommenden Monate noch erhebliche Reserven.

Viele Liechtensteiner Unternehmen hatten unter den getroffenen Massnahmen schwer zu leiden. Konnte das Land hier in genügendem Umfang helfen oder hätten Sie noch mehr Unterstützung gewünscht? Natürlich ist aus Sicht des einzelnen Unternehmens eine möglichst umfangreiche Hilfe wünschenswert. Aus volkswirtschaftlicher Sicht kann zu viel Unterstützung jedoch problematisch sein, weil man dann Gefahr läuft, Steuergelder, insbesondere von gesunden Unternehmen, in Unternehmen zu stecken, die langfristig nicht überlebensfähig sind. Es ist nicht einfach, die richtige Balance zwischen einer sinnvollen Unterstützung zur angemessenen Linderung der Folgen staatlicher Schutzmassnahmen einerseits und einer problematischen Unterstützung, die einen notwendigen Strukturwandel verzögert und das unternehmerische Risiko ausschaltet, andererseits zu finden. Insgesamt hat die Regierung meiner Ansicht nach auch in diesem Bereich gut gearbeitet und zum Glück haben wir auch für die kommenden Monate noch erhebliche Reserven.

Viele Liechtensteiner Unternehmen hatten unter den getroffenen Massnahmen schwer zu leiden. Konnte das Land hier in genügendem Umfang helfen oder hätten Sie noch mehr Unterstützung gewünscht? Natürlich ist aus Sicht des einzelnen Unternehmens eine möglichst umfangreiche Hilfe wünschenswert. Aus volkswirtschaftlicher Sicht kann zu viel Unterstützung jedoch problematisch sein, weil man dann Gefahr läuft, Steuergelder, insbesondere von gesunden Unternehmen, in Unternehmen zu stecken, die langfristig nicht überlebensfähig sind. Es ist nicht einfach, die richtige Balance zwischen einer sinnvollen Unterstützung zur angemessenen Linderung der Folgen staatlicher Schutzmassnahmen einerseits und einer problematischen Unterstützung, die einen notwendigen Strukturwandel verzögert und das unternehmerische Risiko ausschaltet, andererseits zu finden. Insgesamt hat die Regierung meiner Ansicht nach auch in diesem Bereich gut gearbeitet und zum Glück haben wir auch für die kommenden Monate noch erhebliche Reserven.

Von einer Entlassungswelle blieb das Land vorerst verschont. Ist dies alleine der Kurzarbeit zu verdanken? Nein. Da die Anzahl der offenen Stellen im November im Vergleich zum Vorjahr zugenommen hat, ist dies meiner Ansicht nach nicht alleine der Kurzarbeit in Liechtenstein zu verdanken. Die Kurzarbeit in vielen unserer wichtigsten Absatzmärkte dürfte allerdings auch einen nicht unerheblichen Effekt haben. Wenn die Kurzarbeit dort einmal ausläuft

und dann zu Entlassungswellen führt, könnte dies auch für uns negative Folgen mit sich bringen.

Wenn sich mittelfristig die Wirtschaft erholt, sollten sich auch diese beiden Eckwerte wieder stabilisieren.

Was denken Sie, wird sich gesellschaftlich nach der Coronapandemie verändern?

Die Pandemie hat zu einer Beschleunigung der Digitalisierung mit neuen Verhaltensmustern am Arbeitsplatz und im Privatbereich geführt. Dies wird sicherlich auch gesellschaftliche Änderungen mit sich bringen. Ausserdem hat die Bekämpfung der Pandemie teilweise zu sehr weitgehenden persönlichen Einschränkungen geführt und viele Menschen in eine wirtschaftlich sehr schwierige Situation gebracht. Auch dies wird gesellschaftliche Auswirkungen haben.

Wie gross ist die Gefahr, dass nun grössere Länder bzw. Staatengemeinschaften auf die gute finanzielle Situation Liechtensteins schielen könnten und Begehrlichkeiten - etwa auf Standortvorteile wie Steuern - noch lauter werden?

Fast alle Staaten haben sich während der Pandemie extrem verschuldet. Wir müssen daher damit rechnen, dass die Staaten ihre Versuche, die Steuereinnahmen zu maximieren, weiter intensivieren werden. Allerdings bringen zusätzliche Steuereinnahmen auf Kosten anderer Staaten nur einen vernachlässigbaren Beitrag zum Abbau der Schuldenberge. Wesentlich mehr können die Staaten erreichen, wenn sie gut konzipierte Steuersysteme einführen und gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sicherstellen.

Wie kann Liechtenstein den Wohlstand auch nach der Coronakrise langfristig sichern?

Grundsätzlich so wie in der Vergangenheit: durch ein gutes Bildungssystem und attraktive Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, wozu ich insbesondere die hohe politische und wirtschaftliche Stabilität, ein

gutes Steuersystem, eine stabile und sichere - heutzutage auch digitale - Infrastruktur, einen flexiblen Arbeitsmarkt sowie einen guten Zugang zu den wichtigsten Wirtschaftsräumen zähle.

Angesichts der Pandemie geriet der Wahlkampf bisher in den Hintergrund, begrüssen Sie das? Es wäre schlecht, wenn aufgrund der Pandemie gar kein Wahlkampf möglich wäre. Schliesslich sollten die Stimmbürger gut über die Kandidaten informiert sein, damit sie auch die besten wählen. Wenn hingegen die Pandemie nur dazu führt, dass unnötige Auswüchse unterbleiben, die es im Wahlkampf auch immer wieder gibt, dann ist dies kein Schaden.

Die Parteien haben sich sehr bemüht, Kandidatinnen zu finden. Nun müssten diese nur noch gewählt werden. Sind Sie zuversichtlich, dass sich der Frauenanteil im Parlament erhöht?

Da bei der letzten Wahl der Frauenanteil im Parlament leider - auch im Vergleich zu früheren Legislaturperioden - niedrig war, sollte eine Erhöhung durchaus möglich sein. Schön wäre es, wenn ein neues Spitzenresultat erreicht werden könnte.

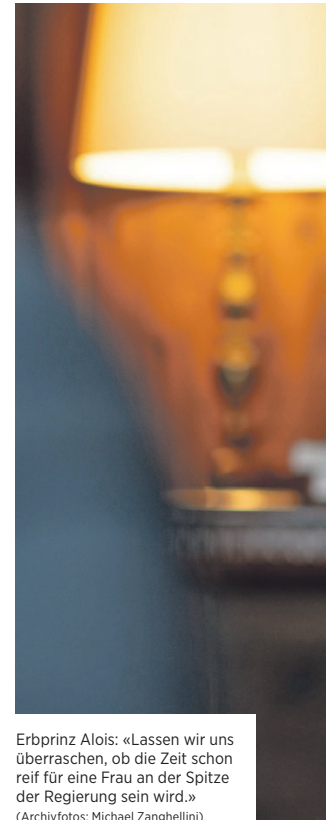
Die Regierung wird zwar nicht direkt gewählt, aber Liechtenstein könnte mit Sabine Monauni (FBP) die erste Regierungschefin bekommen. Wäre es an der Zeit für eine Frau an der Spitze?

Lassen wir uns überraschen, ob die Zeit schon reif für eine Frau an der Spitze der Regierung sein wird. Falls es wieder zu einer grossen Koalition kommen sollte, werden die Frauen in der Regierung jedenfalls schon einmal in der Mehrheit sein.

Was wünschen Sie sich sonst noch für die Landtagswahlen?

Ich wünsche mir einen fairen Wahlkampf und eine möglichst gute Zusammensetzung von Landtag und Regierung, damit wir die Herausforderungen der nächsten Legislaturperiode erfolgreich angehen können.

Welche Themen soll der neue Landtag und die neue Regierung in den



Erbprinz Alois: «Lassen wir uns überraschen, ob die Zeit schon reif für eine Frau an der Spitze der Regierung sein wird.» (Archivfotos: Michael Zanghellini)







nächsten Jahren angehen beziehungsweise weiterverfolgen? Aus meiner Sicht sollte die Politik in den nächsten Jahren in folgenden Bereichen Schwerpunkte setzen: Pflege, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bildung, Digitalisierung, Altersvorsorge, Mobilität und Umwelt.

In Ihren Reden betonen Sie immer wieder, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden muss. Nun kommt auch Druck aus dem EWR: Liechtenstein muss einen bezahlten Elternurlaub bzw. Vaterschaftsurlaub umsetzen. Begrüssen Sie das? Was bräuchte es in Ihren Augen noch?

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nicht nur ein Anliegen vieler Eltern, sondern ist zunehmend auch ein Wettbewerbsvorteil für Unternehmen. Ausserdem ist es eine wichtige Voraussetzung für mehr Frauen in Führungspositionen in Politik und Wirtschaft. Schliesslich ist es für die Entwicklung von Kindern wichtig, dass die Eltern besonders in den so prägenden ersten Lebensjahren ihre Kinder möglichst optimal betreuen können.

Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind Massnahmen in verschiedenen Bereichen notwendig. Auf staatlicher Seite wäre meiner Ansicht nach wichtig, dass wir all jenen Eltern, die ihr Kind selbst betreuen wollen, dies zumindest im ersten Lebensjahr ermöglichen. Ausserdem sollte der Staat das Bildungsangebot und dessen Abstimmung mit dem Freizeitangebot so gestalten, dass Eltern ihrem Beruf dadurch leichter nachgehen können, weil auch in den späteren Lebensjahren während genügend langer Blockzeiten eine gute Kinderbetreuung sichergestellt ist. Schliesslich können auch die Unternehmen durch verschiedenste Massnahmen selbst viel in Richtung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen.

Ein weiterer Punkt, den Sie immer wieder eingemahnt haben, ist die

**Pflegefinanzierung.** Im Dezember-Landtag hat dazu eine Grundsatzdebatte stattgefunden. Was halten Sie von den Lösungsmodellen der Regierung, welches würden Sie weiterverfolgen? Die Postulatsbeantwortung der Regierung zur Pflegefinanzierung finde ich eine sehr gute Diskussionsgrundlage. Das Weiterverfolgen der Lösungsmodelle möchte ich an dieser Stelle noch nicht kommentieren, um nicht der neuen Regierung vorzugreifen.

«Für die ökologische Nachhaltigkeit werden insbesondere Fortschritte in den Bereichen Mobilität und Energie wichtig sein», sagten Sie Mitte Jahr. Sind Sie zufrieden mit den gesetzten Zielen in der Energiestrategie 2030 und dem Mobilitätskonzept? Die grundsätzliche Stossrichtung dieser beiden Strategiepapiere passen aus meiner Sicht, über Teilbereiche kann man sicher diskutieren. Wichtiger ist aber, dass wir in die Gänge kommen und dann, wo notwendig, Korrekturen vornehmen.

Sehen Sie aufgrund der Absage des Stimmvolks bezüglich S-Bahn die Bewältigung des Verkehrsproblems gefährdet?

In den nächsten Jahren sehe ich noch kein grösseres Problem bei der Bewältigung des Verkehrs. Langfristig könnten wir aber ein grosses Problem bei den Rheinbrücken bzw. Autobahnausfahrten bekommen. Daher wäre es schon sinnvoll, wenn wir einen Teil des Zuwachses über die Schiene bewältigen könnten.

Der Begriff «Nachhaltigkeit» ist momentan hoch im Kurs. In welchen Bereichen sehen Sie hier besonders Aufholbedarf? In ökonomischer Hinsicht sollten wir vor allem Zukunftsinvestitionen in die Potenzialentwicklung und in die Infrastruktur tätigen sowie die Finanzierung der Altersvorsorge und der Gesundheitsvorsorge und der

Pflege nachhaltig sichern. Die soziale Nachhaltigkeit sollten wir insbesondere durch Optimierungen im Bildungsbereich sowie eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen. Für die ökologische Nachhaltigkeit sollten wir das Mobilitätskonzept und die Energiestrategie rasch umsetzen sowie auf Nachhaltigkeit bei den Produkten und Dienstleistungen setzen.

Die Trennung von Kirche und Staat zieht sich weiterhin hin. Als wie wichtig erachten Sie das Thema, kann es noch länger auf die lange Bank geschoben werden?

Zwar hätte es einige Vorteile, wenn wir bei diesem Thema Fortschritte machen. Es ist jedoch ein gesellschaftspolitisch schwieriges Thema, das mit vielen Emotionen verbunden ist. Vielleicht wird es einfacher, wenn einmal sowohl von staatlicher als auch von kirchlicher Seite neue Kräfte daran arbeiten.

Die vierjährige Legislatur geht im Februar zu Ende. Wie beurteilen Sie die Fortschritte im Land in den letzten vier Jahren?

Wesentliche Fortschritte konnten in den Bereichen Digitalisierung, Innovation, Bildung mit dem neuen Lehrplan, Finanzplatzregulierung, Justiz

und bei verschiedenen Bauprojekten erzielt werden. Mehr Fortschritte hätte ich mir in den Bereichen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Pflege und Finanzausgleich gewünscht.

Spannen wir den Bogen etwas breiter: Regierungschef Adrian Hasler zieht sich nach acht Jahren aus der Politik zurück. Wie würden Sie die «Ära Hasler» zusammenfassen?

Die erste Legislaturperiode der «Ära Hasler» war durch die erfolgreiche Sanierung des Staatshaushaltes sowie die schwierigen Reformen des Finanzplatzes, des Krankenversicherungsgesetzes, der AHV und der zweiten Säule der Altersvorsorge geprägt. Prägend für die zweite Legislaturperiode waren die Fortschritte in verschiedenen Bereichen der Digitalisierung, weitere Finanzplatzreformen sowie die Entscheidungen für grosse Bauprojekte wie die Schulbauten, die Landesbibliothek und das Spital.

Werfen wir zum Schluss noch kurz einen Blick ins Ausland: 2021 wird Trump durch Biden abgelöst. Was

erhoffen Sie sich vom US-Präsidentenwechsel?

Aus der Perspektive Liechtenstein erhoffe ich mir eine Stärkung des Multilateralismus sowie der internationalen Organisationen einerseits und weniger Protektionismus andererseits. Als Kleinstaat, der seine Interessen nicht durch militärische oder wirtschaftliche Macht geltend machen kann, haben wir nämlich ein besonderes Interesse für eine regelbasierte Zusammenarbeit auf internationaler Ebene und einen möglichst freien Zugang zu den wichtigsten Märkten.

Wie lautet Ihr Fazit nach vier Jahren Donald Trump?

Zwar konnte Trump durchaus auch einiges Positives bewegen, was in der allgemeinen Kritik in Europa weitgehend unbeachtet blieb. Insgesamt komme ich aber zu einem negativen Fazit. Die Vorbildfunktion der USA hat stark gelitten und Staatsführer sahen sich ermutigt, internationale Standards zu ignorieren.

Wie beurteilen Sie die Position von Europa im Weltgeschehen?

In den letzten Jahren hat Europa an politischem Gewicht verloren. Dies wurde nicht zuletzt auch im Kontext der Auseinandersetzungen zwischen den USA und China deutlich.

Mit welchem Gefühl betrachten Sie die allgemeine Entwicklung auf der Welt – mit Blick auf Liechtenstein?

Aus verschiedenen Gründen haben sich die Spannungen zwischen den grossen Mächten verstärkt. Dadurch haben die regelbasierte Zusammenarbeit auf internationaler Ebene und die Menschenrechte gelitten. Gleichzeitig hat der Protektionismus zugenommen, der mir aus liechtensteinscher Sicht am meisten Sorge macht. Positiv sehe ich, dass die Pandemie die Notwendigkeit einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit deutlich gemacht hat und die neue Führung in den USA wieder mehr darauf setzen möchte, Probleme gemeinsam anzugehen.

«Langfristig könnten wir ein grosses Problem bei den Rheinbrücken bzw. Autobahnausfahrten bekommen.»



Das Interview wurde schriftlich geführt.